

Syke
Umwild

8.11.19

Keine Erklärung des Klimanotstands

Ausschuss für Kreisentwicklung und Umwelt bevorzugt stattdessen eine Fachtagung zum Thema

VON MICHA BUSTIAN

Syke/Landkreis Diepholz. Für den Landkreis Diepholz wird aller Wahrscheinlichkeit nach kein Klimanotstand erklärt. Nach langer Diskussion entschied sich der Ausschuss für Kreisentwicklung und Umwelt mit 8:7 Stimmen dagegen. Dass das Thema Klimawandel und Umweltschutz politisch inzwischen sehr weit oben auf der Agenda steht, beweist allerdings der Kompromiss, den das Gremium in seiner Sitzung am späten Mittwochnachmittag empfahl: Mitte des Jahres 2020 soll eine Fachtagung zum Thema Klimaschutz stattfinden. Dieser Vorschlag von Kreisrat Jens-Hermann Kleine wurde einstimmig befürwortet.

Die Diskussion vor der Abstimmung allerdings zeigte einmal mehr, wie gespalten die Politik bei diesem Thema ist. Romuald Buryn (Die Grünen) warnte, es gebe „keinen sozial-verträglichen Untergang“. Die Menschheit stehe kurz vor dem „Point Of No Return“. Seine Parteigenossin Christine Helmrichs sprach von Wetterextremen und fand, der Landkreis solle initiativ werden. Ingo Ester-

mann (SPD) schloss sich dieser Meinung an, ergänzte aber, die Aktionen zum Klimaschutz müssten sozial bezahlbar sein, „nicht dass die Gesellschaft dadurch auseinanderfliegt“. Wirtschaft, Soziales und Umwelt müssten gleichberechtigt berücksichtigt werden, „wir sind für eine ganzheitlichere Herangehensweise“.

Im konservativen Lager indes stieß die Idee des Klimanotstandes auf Ablehnung. Volker Meyer (CDU) hielt den Grünen-Antrag für Symbolpolitik. „Es gibt schon ambitionierte Ziele“, erklärte der Landtagsabgeordnete und verwies unter anderem auf das Klimapaket der Bundesregierung. Der Antrag unterstelle indes, es sei noch nichts geschehen. Harald Wiese (AfD) nahm Bezug auf eine Fridays-For-Future-Demonstration, bei der ein SUV-Fahrer beschimpft wurde und schimpfte: „Wir haben keinen Klimanotstand, wir haben einen Geistesnotstand.“ Ulrich Helms (FWG) hielt den Antrag für nicht ausgewogen. Er riet dazu, nicht abzustimmen, sondern aktiv zu werden.

Weitere Anträge beschäftigten den Ausschuss. So wollten die Grünen Wirtschaftsför-

derung für den Bio-Landbau betreiben. Letztlich votierte das Gremium einstimmig dafür, Fakten zum Bio-Landbau zusammenstellen zu lassen. Die Förderung zur Steigerung des Anteils von Bio-Lebensmitteln in kreiseigenen Einrichtungen wurde allerdings mit 3:12 Stimmen abgelehnt. „Wir wollen keine Zwangsvorgabe“, begründete Ulrich Helms dies.

Die Freie Wählergemeinschaft zog den zweiten Teil ihre Antrags, der die Gründung einer Klimaschutz- und Energieagentur vorsah, nach ersten Nackenschlägen in der Debatte zurück. Positiv entschieden wurde allerdings der Vorstoß zur Entwicklung einer Wasserstoffstrategie bis Mitte 2020. Ulrich Helms hielt das für notwendig, denn mit Elektroantrieb „werden sie einen Schlepper nicht fahren können“. Die hohe Versorgung mit Windkraft im Landkreis spreche zusätzlich für Wasserstoff. Ingo Hestermann hielt das für „einen wichtigen Punkt für die Firmen vor Ort“. Der Landkreis solle Innovator sein. Harald Wiese meinte, die „Fokussierung auf E-Mobilität ist teilweise furchtbar“. Man dürfe sich nicht auf eine Energie fokussieren.

Eine Neuerung präferiert der Ausschuss für Kreisentwicklung und Umwelt in Sachen „Unser Dorf hat Zukunft“. Detlef Tänzer vom Landkreis Diepholz teilte mit, einige Gemeinden hätten sich beschwert, es würden immer die gleichen gewinnen. Der Vorschlag, den das Gremium einstimmig an den Kreistag weiterreichte, beinhaltet, dass der Sieger des Wettbewerbs ab sofort nicht mehr am kommenden Wettstreit teilnimmt. „Heiligenloh setzt gerne aus“, berichtete Tänzer. „Vielleicht erhöht das ja die Motivation mitzumachen.“

Detlef Tänzer war es auch, der verkündete, dass der Landkreis Diepholz Moorflächen ankauf: im Renzeler Moor wegen des hohen Entwicklungspotenzials, im Neustädter Moor, einem der wertvollsten Hochmoore im Landkreis, und im nördlichen Wietingsmoor, wo die Schafsbeweidung aufrecht erhalten werden soll. Mehr als 300 000 Euro stehen dafür bereit, dennoch verteilt die Verwaltung den Ankauf auf mehrere Jahre. Der Grund: „Wir schaffen die dazugehörige Arbeit nicht.“ Jens-Hermann Kleine formulierte es so: „Wir bringen unsere Mitarbeiter damit an die Grenze.“